



Dr. Bruno Kahl, Präsident des Bundesnachrichtendienstes

Rede vor dem Industrie-Club in Düsseldorf am 24. August 2023

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielen Dank für die Einladung. Es ist mir eine Freude, nach fast sechs Jahren wieder einmal in Ihrem Kreis zu Gast zu sein. Bevor wir miteinander diskutieren, möchte ich Ihnen einen etwas ausführlicheren Überblick geben, wo der BND aktuell und in Zukunft seine größten Baustellen sieht.

Meine Damen und Herren,
angesichts des schrecklichen russischen Angriffs auf die Ukraine sprach der Bundeskanzler von einer „Zeitenwende“. Der erste Krieg in Europa im 21. Jahrhundert ist insofern zweifellos eine Zeitenwende, da er die Illusion zerstört, dass wir auf einer Insel der Glückseligen leben, auf der niemand mehr unsere Freiheit, unsere Sicherheit, unseren Frieden und unseren Wohlstand gefährdet.

Natürlich sind die dramatischen Ereignisse in der Ukraine eine Zäsur nach Jahrzehnten des Friedens auf dem europäischen Kontinent – eine Zäsur, auf die Sicherheitsbehörden und Politik in Deutschland reagieren müssen. Eine wirkliche Überraschung ist diese Zeitenwende für ordentlich arbeitende Nachrichtendienste wie den Bundesnachrichtendienst aber nicht. Denn auch in unserer globalisierten, vielfältigen, dynamischen und komplexen Welt bereiten sich Entwicklungen vor. Unsere Aufgabe als Sicherheitsbehörden ist es, diese Entwicklungen möglichst früh zu erkennen, damit die Politik damit umgehen und gegebenenfalls gegensteuern kann.

In Sachen Ukraine ist eingetreten, was der Bundesnachrichtendienst immer berichtet hat. Dass nämlich Putin – wie zuvor schon in Tschetschenien, Georgien, Syrien, auf der

Krim und im Donbas – auch weiterhin Gewalt anwenden wird, um seine politischen Ziele durchzusetzen. Und auch diese Ziele haben wir immer klar benannt.

Leider haben sich unsere Prognosen im Februar letzten Jahres dann auch tatsächlich bewahrheitet. Was für uns das Ergebnis professioneller nachrichtendienstlicher Arbeit ist, hat weite Teile der deutschen Bevölkerung aus einem Traum gerissen, in dem reale Bedrohungen immer wieder ignoriert und verdrängt wurden, um nicht das angenehme Wohlfühlklima zu beeinträchtigen. Entsprechend geht aus unserer Sicht die größte akute Gefahr für die internationale Friedensordnung vom brutalen Angriffskrieg Russlands gegen die unabhängige Ukraine aus.

Seit Beginn der Kampfhandlungen wird das Thema Russland/Ukraine von meinen Expertinnen und Experten rund um die Uhr mit Hochdruck bearbeitet. Dabei spielt eine Vielzahl von Aspekten eine Rolle, die von Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis hin zu Fragen der Energieversorgung und wirtschaftlicher Folgen reichen.

Beide Konfliktparteien im Ukrainekrieg suchen weiterhin die Entscheidung auf dem Schlachtfeld. Eine baldige Lösung ist nicht in Sicht. Putins Vorgehen ist das Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Kalkulation: Er ist bereit, jetzt militärische, wirtschaftliche und politische Kosten eines Angriffskriegs gegen die Ukraine in Kauf zu nehmen, da ihm im Falle des Nicht-Handelns die Kosten für Russland in der Zukunft deutlich höher erscheinen, die durch eine weitere Annäherung der Ukraine an den Westen und die NATO entstehen würden.

Die gegenwärtigen Entwicklungen sind Ausdruck einer grundsätzlichen Krise Russlands mit dem Westen. Ziel Putins ist es, langfristig eine für ihn vorteilhafte neue Sicherheitsarchitektur in Europa und angrenzenden Räumen aufzubauen. Es geht ihm um das Aufbrechen der von ihm so wahrgenommenen weltweiten Vorherrschaft der USA – und damit um die Aufteilung der Welt in voneinander abgegrenzte Einflussphären.

Auch unabhängig von der der aktuellen Bedrohung, wie sie sich im Ukraine-Krieg drastisch konkretisiert, ist Putins Russland seit mehreren Jahren ebenso Akteur wie Profiteur regionaler wie globaler Instabilität. Gerade weil Russland immense wirtschaftliche Probleme hat, versucht das Land, wieder zu alter sowjetischer Größe zu kommen. Dazu bringt der Kreml sich in zahlreichen internationalen Konflikten als Vermittler oder auch als Akteur ein, um sich als Teil einer möglichen Lösung unverzichtbar zu machen.

Aus dieser Position bezieht Moskau gerade in der Region Nah-Mittelost einen Großteil seiner außenpolitischen Bedeutung. Im Kern hat Russland dabei überhaupt kein Interesse an der Lösung von Konflikten: Ob in Bergkarabach oder Südossetien, ob in Syrien oder Libyen oder wie zuletzt in Mali: Überall profitiert Russland mehr und steigert seine Bedeutung, solange der Konflikt andauert.

Geopolitisch ist es Moskaus langfristiges Ziel, den Westen durch die Förderung bestehender Konflikte zwischen verschiedenen politischen, ethnischen oder sozialen Gruppen sowie durch die Vertiefung von Differenzen zwischen Europa und den USA zu schwächen.

Meine Damen und Herren,

neben der akut größten Bedrohung durch Russland sehe ich mittel- bis langfristig die größte Gefahr für unser Leben in Freiheit, Frieden und Vielfalt im Bestreben Chinas, weltweit immer mehr wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Einfluss zu gewinnen. Der Chef des britischen Inlandsdienstes MI5 stellt bereits 2020 treffend fest, dass Russland ein Sturm, China aber der Klimawandel sei.

Problematisch ist daran, dass die Volksrepublik dies zulasten unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung tut: Was als harmlos erscheinende Geschäftsbeziehung zum Nutzen beider Seiten beginnt, kann in einer umfassenden Abhängigkeit vom kommunistischen Regime enden.

Die besondere Tücke des chinesischen Vorgehens ist dabei, dass Beijing in erster Linie nicht laut und aggressiv auftritt. Vielmehr agiert Beijing zunächst meist unterschwellig und nach außen hin freundlich, so dass die eigentlichen Absichten bei den Adressaten oft lange unentdeckt bleiben. Hat China aber erst einmal einen Fuß in der Tür, müssen die internationalen Partner oft bald feststellen, dass sie zum Spielball in einem Spiel geworden sind, dessen Regeln allein die andere Seite bestimmt. Und dann ist es häufig schon zu spät, um sich davon rasch frei zu machen und wieder ganz autonom zu entscheiden.

Kredite werden nicht vergeben und Investitionen nicht getätigt, um das jeweilige Partnerland zu stärken und zu befähigen, sondern um die Abhängigkeit von China zu erhöhen. Aus wirtschaftlichen Verbindlichkeiten kann so schnell politisches Erpressungspotenzial erwachsen – beispielsweise wenn Beijing die Unterstützung dieser Länder braucht, um eigene Vorstellungen in internationalen Organisationen durchzudrücken.

Den zugrunde liegenden Anspruch, die internationale Ordnung aktiv mitzugestalten, fordert China inzwischen ganz offen ein: Nachdem es sich eine starke wirtschaftliche Position erobert hat, will es nun auch seinen politischen und militärischen Einfluss weltweit geltend machen. China möchte das weitgehend von liberalen und demokratischen Werten geprägte System nach eigenen Vorstellungen umbauen und sicherstellen, dass kein anderer Staat oder auch Staatenverbund in der Lage ist, chinesische Interessen zu beeinträchtigen.

Chinas Machtanspruch basiert zunächst auf seiner wirtschaftlichen Stärke. Doch die weitere Expansion wird weltweit zu mehr Interessengegensätzen bis hin zu Handelskonflikten führen. Die ökonomischen Ambitionen folgen dabei einem fein abgestimmten Dreiklang des außenpolitischen Kalküls: China denkt national, beansprucht globale Macht und handelt schließlich bilateral.

Es gibt keinerlei Zweifel daran, dass die chinesische Staatsführung zuallererst nationale Interessen verfolgt. Gerade deswegen behält sie die gesamte Welt im Blick, kann zugleich aber auf regionale Besonderheiten eingehen. Dieser Ansatz mündet in bilateralen Vereinbarungen und erlaubt es der Volksrepublik, aus einer Position der Stärke zu agieren und dabei zugleich lokale Rivalitäten vor Ort wie auch die Abhängigkeit der jeweiligen Partner von China zu fördern.

Die chinesische Führung verfolgt mit immenser Ausdauer das strategische Ziel, spätestens bis zum 100. Geburtstag der Volksrepublik im Jahr 2049 den Aufstieg zur unangefochtenen Weltmacht zu schaffen. Und wir müssen davon ausgehen, dass China ebenfalls nicht davor zurückschrecken wird, nach Soft- und Eco-Power auch militärische Gewalt einzusetzen, wenn es darum geht, seine geopolitischen Ziele zu erreichen. Gefechte an der indisch-chinesischen Grenze, Übungen rund um Taiwan wie auch die Teilnahme der Volksrepublik an dem russischen Großmanöver Wostok 2022 sind da nur ein Vorgeschmack.

Die hier skizzierte Bedrohung durch China heißt dabei keineswegs, dass es nicht sinnvoll ist, politisch wie auch wirtschaftlich den Austausch mit China zu suchen. Das ist zweifelsohne wichtig und auch der einzige Weg, um langfristig zu einem verlässlichen Verhältnis und belastbaren Umgang miteinander zu finden. Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist es aber, professionell und sachlich auf die faktischen Risiken hinzuweisen, die dabei mitgedacht werden sollten, damit die Politik ein insgesamt ausgewogenes und realistisches Lagebild erhält.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich dies in einem Exkurs an einem speziellen Aspekt im Zusammenhang mit Russland und China verdeutlichen: Auf den Tag genau mit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 vor bald einem Jahr veröffentlichte die Bertelsmann-Stiftung ihren aktuellen Transformationsindex. Die Autoren stellten in ihrer weltweit einmaligen Studie fest, dass die Autokratie global auf dem Vormarsch sei. Erstmals seit Beginn der Erhebungen im Jahr 2004 verzeichnet der Transformationsindex 2022 mehr autokratische als demokratische Staaten. Darüber hinaus beobachtet die Studie auch einen Qualitätsverfall in den demokratischen Staaten: Bislang solide Demokratien werden schwächer, während in vielen Autokratien die Zügel noch stärker angezogen werden.

Dieser Befund muss mir als Präsidenten einer Sicherheitsbehörde im Dienste eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats sowie auch Ihnen als Bürgerinnen und Bürgern eines Landes zu denken geben, in dem wir gemeinsam die Vorzüge einer offenen und toleranten Gesellschaft zu schätzen wissen. Mehr drei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges müssen wir feststellen, dass sich die westliche Freiheitsordnung keineswegs selbstverständlich und gleichsam von allein weltweit durchgesetzt hat. In dieser Hinsicht gab es 1990 einige Hoffnungen, die sich spätestens im Nachhinein als recht naiv erweisen.

Wir sehen uns vielmehr der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderung einer illiberalen Welle gegenüber, der sich auch der Bundesnachrichtendienst in seiner täglichen Arbeit stellen muss. Wir erleben eine stetige, sich immer mehr beschleunigende Verschiebung der geopolitischen Kräfteverhältnisse – weg von den demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen des Westens und hin zu autokratischen Mächten, die Wohlstand und Fortschritt versprechen, ohne sich an Demokratie, Freiheit und Frieden gebunden zu fühlen.

Aus verschiedenen Gründen sind autokratische Alternativen weltweit offenbar nicht nur konkurrenzfähig, sondern vielfach auch attraktiver geworden als unsere demokratische Freiheitsordnung. Deren Sogwirkung droht immer weiter abzunehmen, und sie taugt offenbar immer weniger als Exportschlager, dem sich jede und jeder gerne und unbedingt anschließen will. Kredite, Infrastruktur und Entwicklung ohne die „lästigen“ Voraussetzungen von Rechtsstaat und Menschenrechten erscheinen den lokalen Eliten in Schwellen- und Entwicklungsländern oft als attraktivere Angebote.

Der spätestens ab 1990 erhoffte Weltgeltungsanspruch von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hat sich offenkundig nicht realisiert. Die letzten Jahre haben gezeigt,

dass das von uns lange herbeigesehnte, hehre Ideal vom „Wandel durch Handel“ mit Blick auf China und viele weitere autoritär regierte Staaten ganz anders verläuft, als es sich der Westen erträumt hat.

Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht mit seinem Wohlstandsversprechen ohne Freiheit, ohne Demokratie, ohne Bürgerrechte ist der lebendige Beweis dafür, dass es neben der aufgeklärten Moderne mündiger Bürgerinnen und Bürger auch eine „andere“ Moderne geben kann. Diese „andere“ Moderne generiert wirtschaftliches Wachstum und erreicht Wohlstand – und verzichtet dabei auf die Verwirklichung der politischen Dimension einer modernen Bürgergesellschaft.

Wir mögen dieses Faktum als moralischen Affront empfinden. Aber es ist vor allem eine Herausforderung globalen Ausmaßes, auf die der Westen eine überzeugende und wirkungsvolle Antwort finden muss, wenn er seine Werte und damit seine heutige gesellschaftliche Wirklichkeit in die Zukunft hinüberretten will.

By the way: Auch in den westlichen Eliten gibt es hier und da eine Präferenz für „entscheidungsstarkes Durchregieren“ gegenüber den Mühen der Ebene einer Demokratie mit ihren aufwändigen Verfahren und den rechtsstaatlichen Absicherungen. Wenn wir dem autokratischen Modell schon widerstehen können sollen, das uns von außen bedroht, so müssen wir erst recht der innenpolitischen Versuchung widerstehen, Demokratie und Rechtsstaat schleifen zu lassen von denjenigen, die Komplexität nicht mehr aushalten, sondern auf Schwarz-Weiß-Vereinfachungen reduzieren wollen.

Wir sehen uns auf globaler Ebene nach einem unipolaren Zeitalter, in dem die USA drei Jahrzehnte lang als nahezu selbstverständliche globale Führungsmacht wirkten, wieder einem neuen Systemwettbewerb gegenüber: Dem globalen Westen steht hierbei ein wachsender autoritärer Block gegenüber, den vor allem die Ablehnung einer aus seiner Sicht US-dominierten, regelbasierten Weltordnung eint, an deren Abschaffung er aktiv arbeitet.

Mit Sorge müssen wir hierbei auf die Vereinigten Staaten blicken, deren Strahlkraft abnimmt und die sich – wir denken an die Präsidentschaftswahlen 2024 – gar in Selbstbezogenheit und Isolationismus aufzugeben drohen. Es stellt sich also die Frage, wem die internationale Staatengemeinschaft künftig folgen wird.

Wir müssen uns zudem selbstkritisch fragen, wie wir als freiheitlicher Westen unsere eigene Resilienz erhalten und stärken können, damit der Abbruch an den Rändern

unserer eigenen Demokratien nicht auch uns irgendwann erfasst und in den autokratischen Strudel reißt.

Meine Damen und Herren,

die Führungsmächte dieses autoritären Blocks sind zweifelsohne Beijing und Moskau. Die ideologische und immer wieder öffentlichkeitswirksam demonstrierte Einigkeit gegen die globale Vormachtstellung des Westens ist der wesentliche Pfeiler ihrer Partnerschaft.

Die chinesisch-russischen Beziehungen haben sich seit Xi Jinpings Machtübernahme im Jahr 2012 maßgeblich verbessert. Das angespannte Verhältnis zwischen Russland und dem Westen seit der Annexion der Krim 2014 hat dazu geführt, dass sich Beijing und Moskau sukzessive annäherten. Russland und China eint dabei nicht nur das angespannte Verhältnis zum Westen. Beide Staaten profitieren ganz konkret von der gegenseitigen Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen auf internationaler Ebene.

Ein zentrales Leitmotiv russischer Politik ist die Inszenierung einer russisch-chinesischen „Allianz“, die „traditionelle Werte“ gegen den „dekadenten Westen“ profiliere sowie die „Hegemonialmacht USA“ in Frage stelle. Ohne die Wirtschaftsgrößmacht China an seiner Seite würde es Moskau deutlich schwerer fallen, diese Positionierung aufrechtzuerhalten. Politisch will Russland unbedingt vermeiden, zum internationalen Paria zu werden. Der UN-Vetomacht China kommt dabei nicht nur in diesem Rahmen eine herausgehobene Bedeutung zu. So ist es aktuell für Moskau sehr wichtig, dass China auch Teile des russischen Narrativs unterstützt, der Westen und insbesondere die NATO beziehungsweise die USA hätten den Ukraine-Krieg provoziert, indem sie fundamentale russische Sicherheitsinteressen missachtet hätten.

Trotz des nach außen kolportierten Bildes der Einheit handelt es sich bei dem Zusammenschluss aufgrund unterschiedlicher Interessen – wie aktuell beim vom Russland aufgekündigten Getreideabkommen – bisher aber mehr um ein Zweckbündnis als um eine klassische, auf der Grundlage tatsächlich gemeinsamer Werte und Überzeugungen von Vertrauen getragene, strategische Partnerschaft. Zwar sprachen Xi Jinping und Putin kurz vor Kriegsausbruch im Februar noch von ihrer „grenzenlosen Freundschaft“. Die Tatsache, dass China sich bei allen UN-Resolutionen zum Ukraine-Krieg bisher der Stimme enthielt und keine direkte Militärhilfe leistet, sät jedoch Zweifel an dieser Aussage.

Allerdings auch ohne echtes gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Langfriststrategien drohen China und Russland den Westen zu marginalisieren, wenn sie sich ex negativo aus dem gemeinsamen Interesse einer Abwehr und Zurückdrängung des freiheitlichen demokratischen Gesellschaftsmodells pragmatisch zusammenschließen, um ihr gemeinsames geopolitisches Gewicht zu unseren Ungunsten zu nutzen.

Zwar sind China und Russland auch gemeinsam derzeit nicht stark genug, um zu zweit den gesamten demokratischen Westen zu dominieren. Doch können sie dieses Ziel über Bande erreichen, indem sie ihre weltweiten Einflussphären in Afrika, Asien und auch Südamerika weiter ausbauen – und daraus resultierende Abhängigkeiten geostrategisch nutzen, um politischen Druck auf ihre internationalen Partner auszuüben. So könnten sie diese etwa zu einem wohlgefälligen Verhalten gegenüber China und Russland in zwischenstaatlichen Organisationen wie der UNO drängen. Wenn ihnen das gelingt, geraten wir, gerät der Westen unter Druck und in ernsthafte Bedrängnis.

Meine Damen und Herren,

wenn unser Gesellschaftsmodell langfristig überleben soll, müssen wir gegenüber solchen Risiken nach innen wie nach außen resilienter werden. Nach innen, indem wir präventiv sowohl in die politische Aufklärung unserer Bürgerinnen und Bürger als auch in die Kapazitäten aller Sicherheitsbehörden investieren, die für den Schutz vor Angriffen auf unsere Freiheits- und Verfassungsordnung zuständig sind. Unser Rechtsstaat muss also an glaubwürdiger und schlagkräftiger Wehrhaftigkeit gegenüber autokratischen Versuchungen und Attacken gewinnen.

Nach außen, indem wir uns klarmachen, dass wir uns in einem langfristigen Systemwettbewerb mit China und Russland befinden, der hauptsächlich in Schwellen- und Entwicklungsländern ausgetragen wird. Dieser Systemwettbewerb wird sich in einer Vielzahl von Dimensionen abspielen – diplomatisch, militärisch, technologisch, kulturell.

Für den Westen wird es von entscheidender Bedeutung sein, Schwellen- und Entwicklungsländern ein attraktiveres Angebot als seine autoritären Mitbewerber zu machen. Dieses sollte mindestens stabile und gerechte Handelsbeziehungen, verlässliche Unterstützung gegen Destabilisierung von Staaten sowie eine wirkungsvolle Bekämpfung von Fluchtursachen und Auswirkungen des Klimawandels umfassen. Dass dabei auch Kooperationen mit Staaten – nicht nur, aber vor allem in Afrika – eingegangen werden, die zur Stunde noch nicht den sehr hohen westlichen Standards von Good Governance und Rechtsstaatlichkeit entsprechen, müssen wir aus übergeordneten Interessen hinnehmen.

Wir brauchen eine engagierte und überzeugende Diplomatie, mit der wir Staaten, die sich bisher nicht klar zu einem der beiden Lager bekennen, im Systemkonflikt auf unsere Seite ziehen können. Selbstbescheidung und Rückzug können hingegen keine Antworten auf russische und chinesische Expansionsgelüste sein. Denn das würde uns – unsere Freiheit, unsere Sicherheit, unsere Vielfalt und unseren Wohlstand – auf mittlere Sicht international marginalisieren, auf lange Sicht zu einer Dominanz Beijings und Moskaus führen – und damit faktisch global das Ende von Demokratie und Rechtsstaat als gelebte Gesellschaftsordnung der Freiheit bedeuten.

Wenn Xi Jinping bei seinem ersten Treffen mit Putin nach Beginn des Ukraine-Kriegs erklärte, dass China eng mit Russland zusammenarbeite, um „Stabilität in eine turbulente Welt zu bringen“, so ist damit eine Stabilität gemeint, die wir als Starrheit der Autokratien erkennen müssen. Eine solche Stabilität bringt Gefängnis statt Freiheit und Friedhofsruhe statt Frieden.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert Kagan hatte unmittelbar vor der russischen Invasion im Februar gewarnt, dass ein russischer Sieg in der Ukraine das Ende der alten Weltordnung und eine Phase globaler Unordnung und Konflikte einläuten würde, in der sich die Welt an eine neue globale Mächtekonfiguration mit einem deutlich stärker gewordenen autoritären Block anpasst.

Einen russischen Sieg konnte die Ukraine mit Hilfe des Westens in einem ersten Schritt verhindern. In unserem zukünftigen Ringen mit der autoritären Achse Beijing-Moskau haben wir damit aber nur eine erste Schlacht gewonnen. So viel zu diesem aus meiner Sicht wichtigen Thema.

Meine Damen und Herren,
eine dritte große Bedrohung – neben Russland und China – sehe ich in Cyber-Akteuren aus dem Ausland, die entweder heimlich Einfluss auf die politische Meinungsbildung in Deutschland nehmen wollen oder aber ganz konkret verschiedene Ziele bei uns angreifen. Wirtschaftliche Konkurrenten oder geopolitische Gegenspieler nutzen die Digitalisierung nahezu aller Arbeits- und Lebensbereiche aus, um heimlich und zu unseren Lasten Spionage, Sabotage und politische Einflussnahme zu betreiben.

Und immer, wenn Akteure im Cyber- und Informationsraum aus dem Ausland in Richtung Deutschland wirken, ist der Bundesnachrichtendienst zuständig, solche Attacken oder Einflussnahmen zu detektieren sowie die Hintergründe und Urheber aufzuklären.

Cyber-Angriffe nehmen quantitativ wie qualitativ immer stärker zu. Letztes Jahr hat der Digitalverband BITKOM in einer Umfrage ermittelt, dass in Deutschland neun von zehn Unternehmen Opfer von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage werden, durch solche Angriffe jährlich ein Schaden von 203 Milliarden Euro entsteht, ein starker Anstieg digitaler Angriffe zu verzeichnen ist, während analoge Attacken leicht zurückgehen, und dass dabei russische und chinesische Akteure eine immer größere Rolle spielen.

Zugleich ermöglichen es Social Media staatlichen wie nicht-staatlichen Einflussakteuren, Fake News und Narrative entsprechend ihrer eigenen politischen Agenda zu verbreiten. Verschiedene technische Mittel helfen ihnen zudem dabei, die Verbreitung von Inhalten zu automatisieren und deren tatsächlichen Ursprung zu verschleiern. Die vermehrte Nutzung sozialer Medien ohne realweltliches Korrektiv eröffnet sowohl in ihrer Dimension als auch in ihrer Qualität ganz neue Möglichkeiten zur gezielten Beeinflussung und Radikalisierung von Teilen der Bevölkerung.

Über Aktivitäten in Social Media hinaus betreiben gegnerische Geheimdienste im Verbund mit Hackergruppen Spionage im großen Stil – und zwar nicht nur gegenüber uns, den Sicherheitsbehörden oder Regierungen, sondern auch gegenüber großen, mittleren und kleinen Unternehmen der Wirtschaft. So erreicht etwa China durch Cyber-Aktivitäten im Bereich von Wirtschaft und Forschung einen staatlichen gelenkten Technologie-Transfer, welcher auf anderem Wege durch strengere Exportkontrollen und Investitionsprüfungen bei chinesischen Beteiligungen in westlichen Staaten zunehmend verwehrt ist.

Die USA gehen davon aus, dass chinesische Cyber-Fähigkeiten zumindest zeitlich begrenzte Unterbrechungen von Kritischen Infrastrukturen in den USA bewirken können. Auch international gibt es Hinweise auf derartige Fähigkeiten und die Absichten, diese auch einzusetzen. So hat China kurz nach erneutem Ausbruch des Grenzkonflikts mit Indien 2020 damit begonnen, das indische Stromverteilungsnetz anzugreifen. Damit hat Beijing den konventionellen Grenzkonflikt um einen wirksamen Cyber-Anteil gegen Kritische Infrastruktur erweitert.

Im Rahmen der politischen Einflussnahme ist zu befürchten, dass ein immer aggressiver auftretendes China diese Form von Cyber-Waffen in Zukunft auch gegen Ziele in Deutschland einsetzen könnte.

Und nicht nur Großmächte sind nachrichtendienstlich gestützt im Cyber-Raum aktiv. Gerade auch Staaten, die über eher limitierte Mittel zur konventionellen Aufrüstung verfügen, nutzen die Möglichkeiten des weltweiten Netzes, um virtuelle Geländegewinne zu erzielen. So operieren heute auch in Nordkorea oder im Iran Hackergruppen der Spitzenklasse.

Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Für Nachrichtendienste im Ausland, die teilweise völlig ohne rechtsstaatliche Kontrolle arbeiten, ist mit der Digitalisierung ein Goldenes Zeitalter angebrochen, von dem die Öffentlichkeit so gut wie nichts mitbekommt.

Meine Damen und Herren,

eine vierte große Bedrohung ist der nach wie vor mächtige islamistische Terrorismus, der in vielen Weltregionen nicht nur weiterhin präsent, sondern mitunter auch erschreckend erfolgreich ist. Nur weil gerade andere Weltregionen und Bedrohungen im Fokus stehen, sind IS und al-Qaida keineswegs weniger gefährlich oder gar „tot“. Dies gilt für den Irak und Syrien ebenso wie für Afghanistan, Mali und viele weitere afrikanische Staaten.

Der internationale Terrorismus sowie das von ihm mit ausgelöste massive Migrationsgeschehen werden uns auch in den nächsten Jahren fordern. Denn sie nehmen entscheidenden Einfluss auf die weitere Destabilisierung traditionell ohnehin eher instabiler Weltregionen wie den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, die Sahel-Zone oder auch Zentralasien. Denn ganz grundsätzlich und auch unabhängig von der jüngeren Entwicklung in Afghanistan oder Mali gilt: Die Folgen von internationalem Terror und weltweiten Migrationsbewegungen drohen immer wieder auch auf die Sicherheitslage in Deutschland und Europa auszustrahlen.

Und dann ist da als eine fünfte große Bedrohung der Klimawandel, der wegen seiner vielfältigen sicherheitlichen Implikationen und Folgen auch den BND beschäftigt.

Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlage von Abermillionen Menschen auf der ganzen Welt: Er droht, sie aufgrund des steigenden Meeresspiegels aus ihren angestammten Siedlungsgebieten zu vertreiben. Und er entzieht ihnen aufgrund der Erderwärmung und der damit einhergehenden Desertifikation und zunehmenden Ressourcenknappheit wortwörtlich den Nährboden.

Beide Entwicklungen führen zu massiven wirtschaftlichen Problemen und verbreiteter Armut. Sie destabilisieren auf mittlere Sicht ganze Staaten, wenn diese die Ernährung und Sicherheit ihrer Bevölkerung immer schlechter gewährleisten können. Es drohen

immer neue regionale Krisen, Konflikte und Kriege um knapper werdende Ressourcen. In der Folge droht nicht nur der Zusammenbruch von Staaten in verschiedenen Weltregionen, sondern auch Migrationsbewegungen in reichere und sicherere Länder. Diese würden weit jenseits dessen liegen, was Deutschland und Europa im Zusammenhang mit dem sogenannten „Flüchtlingssommer 2015“ zu bewältigen hatten.

Diese sicherheitliche Dimension des Klimawandels und seiner Auswirkungen müssen wir in Zukunft noch viel stärker als Bedrohung von globalem Ausmaß in unsere Überlegungen einbeziehen, wenn es darum geht, Deutschland und Europa vor externen Gefahren zu schützen.

Meine Damen und Herren,

zu allen diesen – und noch vielen weiteren – Bedrohungen muss der Bundesnachrichtendienst der Bundesregierung und dem Parlament aktuelle, verlässliche und fundierte Informationen liefern.

Damit dies auch in Zukunft verlässlich funktionieren kann, ist es aus meiner Sicht wichtig, dass die Politik aus der festgestellten Zeitenwende für die Fähigkeiten und die Ausrüstung ihrer Sicherheitsbehörden die richtigen Schlüsse zieht. Im Falle Russlands kam dem BND das „Glück des Tüchtigen“ zugute, da wir unsere Kapazitäten in diesem Bereich immer vorgehalten und unsere Kompetenz laufend gepflegt und aktualisiert haben.

Heute können wir national wie international – bildlich gesprochen – die Ernte für diesen Fleiß und dieses Engagement einfahren: Sowohl die Bundespolitik als auch unsere internationalen Partner wissen unsere Expertise angesichts des aktuellen Konflikts sehr zu schätzen. Wir sind im politischen Berlin wie auch im Austausch mit unseren ausländischen Partnerdiensten derzeit stark gefragt. Das ist für uns selbstverständlich erfreulich – und für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine wertvolle Motivation.

Wir müssen uns mit Blick auf die oben skizzierten Bedrohungen aber in allen Bereichen unserer Arbeit noch besser aufstellen – und brauchen dafür den Rückhalt und die Unterstützung der Politik. So benötigen wir in den Bereichen China und Cyber dringend einen Aus- und Aufbau unserer Fähigkeiten, was sowohl Manpower als auch die Technik betrifft.

Als Auslandsnachrichtendienst stehen wir im Wettbewerb mit unseren internationalen Partnern: Nur wer neue und relevante Erkenntnisse einbringen kann, wird im Gegenzug auch von den Informationen und Analysen der anderen profitieren können. Und so ist

für mich denn auch Benchmark, was andere potente Dienste wie die der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Australiens oder Neuseelands gegen Zukunftsrisiken investieren. Als da wäre: mehr Manpower im Bereich China, mehr Manpower im Bereich Cyber – und dort vor allem in Computer Network Exploitation, also Hacking –, mehr Manpower in Data Management und auch mehr Hardware in Data Management sowie Künstlicher Intelligenz.

Nur wenn wir bereit sind, die notwendigen Investitionen zu tätigen, können wir im internationalen Konzert der Dienste mithalten und unseren Gegnern wirkungsvoll entgegentreten.

Meine Damen und Herren,

deshalb muss es uns gemeinsam gelingen, die vielzitierte Zeitenwende mit allen ihren notwendigen Konsequenzen ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Dabei sollte die Leitfrage sein, was Deutschland aufwenden und leisten muss, damit wir in der Zeitenwende tatsächlich bestehen können, damit die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auch in Zukunft in Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlstand leben können.

Wer Nachrichtendienste im Speziellen oder auch Sicherheitsbehörden im Allgemeinen als „Fremdkörper“ oder gar Gefahr für den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat bezeichnet, betreibt ein gefährliches Spiel auf dem Rücken der Bevölkerung – und zulasten der vielen tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Behörden, die Tag für Tag engagiert und zum Teil unter Einsatz ihres Lebens für eben diesen Staat ihren Dienst versehen.

Ich arbeite im zweitältesten Gewerbe der Welt. Am Anfang stand eine Spionage, die einfach machte, was ging. Je mehr sich Gesellschaften eine staatliche Verfasstheit gaben, entstand und verstärkte sich das Bedürfnis, die Spionage rechtlich einzuhegen und zu kontrollieren, was die verschiedenen Geheimagenten so alles tun.

Heute haben wir in Deutschland für die Nachrichtendienste ein ausgefeiltes und kleinteiliges Kontrollsystem, welches unsere Dienste zu den am besten kontrollierten der Welt macht. Das ist für einen funktionierenden Rechtsstaat auch sehr wichtig und Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung für unsere Tätigkeit.

Wir müssen aber aufpassen, dass Kontrolle und Leistungsfähigkeit in der Balance bleiben, dass die Kontrolle nicht zum Selbstzweck wird und dass der eigentliche gesetzliche Auftrag der Nachrichtendienste nicht unter die Räder kommt.

Ereignisse wie der aktuelle Ukrainekrieg machen es uns und den Menschen unmittelbar einsichtig, warum es in Deutschland Behörden braucht, die sich um ihre Sicherheit kümmern. Hier müssen wir ansetzen, statt den Bürgerinnen und Bürgern Angst vor ihren eigenen Sicherheitsbehörden zu machen, ohne die ein wehrhafter Rechtsstaat schlicht nicht funktioniert.

Meine Damen und Herren,
so viel der Vorrede. Jetzt freue ich mich auf Ihre Fragen und den Austausch mit Ihnen!
Vielen Dank.